

Regierungsratsbeschluss

vom 5. Juli 2021

Nr. 2021/1057

Vernehmlassung zur Einführung einer Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159 Abs. 3 der Bundesverfassung und Änderung des Parlamentsgesetzes) Schreiben an das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, Bern

1. Erwägungen

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF hat mit Schreiben vom 28. April 2021 die Kantone zur Vernehmlassung zur Einführung einer Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159 Abs. 3 der Bundesverfassung und Änderung des Parlamentsgesetzes) eingeladen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartements wird die Stellungnahme an das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF zur Einführung einer Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159 Abs. 3 der Bundesverfassung und Änderung des Parlamentsgesetzes) beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF vom 5. Juli 2021

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2; GK 5463, Fachstelle Standortförderung und Aussenkontakte)
Staatskanzlei
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)